

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Februar 2023

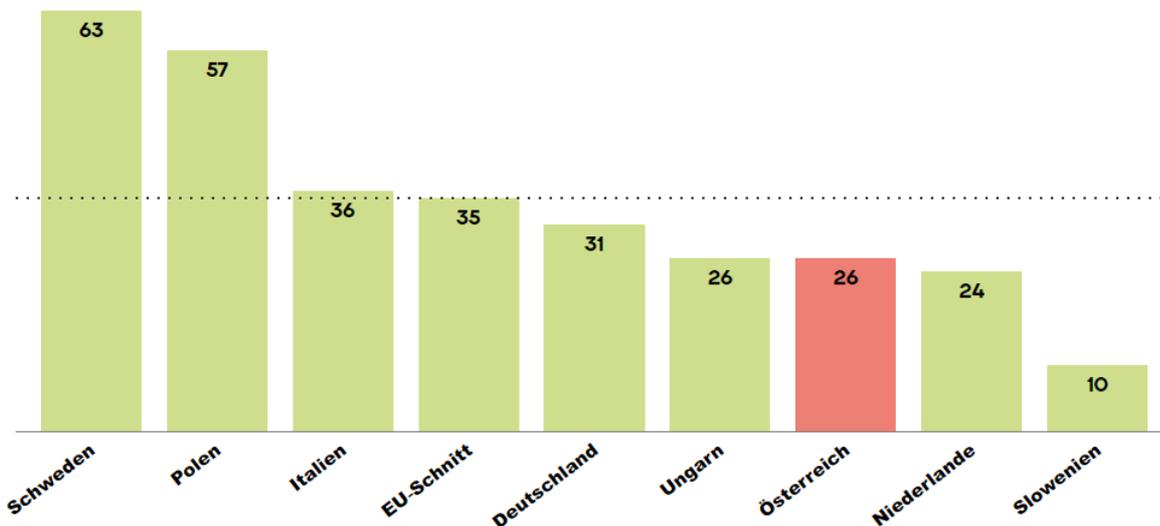
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Das Personal in den Gesundheits- und Pflegeberufen ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und für das Funktionieren unseres Staates unverzichtbar. Der Personalmangel in diesem Bereich ist eines der größten Probleme, das wir politisch lösen müssen, um eine gute Zukunft für die Bevölkerung zu garantieren. Daher braucht es dringend bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne in diesen Berufen. Der Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat, den Auszubildende in Gesundheits- und Pflegeberufen bekommen, ist eine wichtige Maßnahme. Doch leider gibt es dabei eine Ungerechtigkeit, denn eine ganze Berufsgruppe ist von diesem Ausbildungsbeitrag ausgeschlossen, nämlich Hebammen.

Und das, obwohl in diesem Bereich ebenso ein akuter Personalmangel herrscht. Im EU-Vergleich liegt Österreich deutlich unter dem Schnitt, wie viele Hebammen auf 1.000 Lebendgeburten kommen.

Hebammenmangel: Österreich liegt deutlich unter EU-Schnitt

Die Grafik zeigt, wie viele Hebammen auf 1.000 Lebendgeburten kommen.



Unser Ziel muss eine 1:1 Betreuung sein. Interessierte Bewerber:innen gäbe es genug, doch die Zahl der Studienplätze ist zu gering. Ein weiteres Problem sind die verlangten Praktika. Vierzig Geburten müssen von FH-Studierenden im Laufe ihrer Ausbildung eigenständig betreut werden. Es muss die Möglichkeit für Studierende geben, Erfahrungen zu machen. Eine Geburt und Praktikant:innen gleichzeitig zu begleiten ist jedoch eine enorme Belastung. Das erklärt die wenigen Praktikumsstellen. Diese Praktika werden darüber hinaus nicht bezahlt. Gerade für Studierende, die nebenbei arbeiten müssen, um sich das Studium leisten zu können, bedeutet das eine große Mehrbelastung.

Hebammen sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Unter den derzeitigen Bedingungen gehen sie an ihre Grenzen und oftmals darüber hinaus, um schwangere Personen bestmöglich zu begleiten. Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind auch aus frauenpolitischer Sicht wichtige Forderungen. Hebammen haben einen großen Anteil daran, dass das Risiko für schwangere Personen während der Geburt reduziert wird. Wir müssen daher solidarisch mit den Hebammen sein und schwangere Personen müssen auch ihr Recht auf eine Hebamme einfordern.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran und fordert, dass Hebammen ebenso wie andere Gesundheits- und Pflegeberufe den Ausbildungsbeitrag von 600 Euro pro Monat bekommen. Außerdem sollen die geforderten Praktika während der Ausbildungszeit fair bezahlt werden.